

The Implications of the crises for the labour market

The Bulgarian case: Budget austerity in times of crisis

*Presented by Lyuben Tomev – Director
of ISTUR, Bulgaria*

**TURI Conference 4-5 May 2010,
Madrid**

Wirtschaftlicher Hintergrund

10 Makroökonomische Indikatoren	Messeinheit	2006	2007	2008	2009
BIP-Realwachstum	%	+6.3	+6.1	+6.0	-5.0
Pro-Kopf-BIP in KKP	EU27=100.0	36.5	37.7	41.3	...
Beschaeftigungsquote (15-64)	%	58.6	61.7	64.0	62.6
Arbeitslosenquote (Arbeitsamt)	%	9.6	7.8	6.3	7.7
Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	%	7.3	8.4	12.3	2.8
Reallohn	%	3.4	10.2	12.4	5.5
Bruttoschuldenstand des Staates	% des BIP	25.3	20.0	16.0	16.0
Haushaltskassensaldo des Staates	% des BIP	+3.5	+3.5	+3.0	-0.9
Leistungsbilanzdefizit	% des BIP	18.4	26.8	24.0	9.4
Fiskalische Reserve (am Jahresende)	bln. BGN	5.8	7.4	8.4	7.7

Symptome der “Ueberhitzung” der bulgarischen Wirtschaft - 1

- Steigerung der Bruttoanlageinvestitionen zweimal schneller als das BIP-Wachstum
- Durch Anlageinvestitionen wurde vorwiegend der Bau von nichtproduzierenden Gewerbegebäuden finanziert
- Steigerung der Vorräte viermal schneller als das BIP-Wachstum
- Produktion ohne Absatz führt zur Kreditverschuldung der Firmen

Symptome der “Ueberhitzung” der bulgarischen Wirtschaft - 2

- Staendige Erhoehung des Minussaldos der Handelsbilanz verursacht ein unkontrollierbares Leistungsbilanzdefizit
- Leistungsbilanz immer mehr abhaengig von Auslandsinvestitionen und Geldtransfers
- Erhoehung der Inflation macht einen Teil der Hersteller konkurrenzunfaehig und erlangt dringend technische Erneuerung
- **Fazit: Schwache Innenfaktoren des Wachstums; Wirtschaft der Aussenkrisenwirkung anfechtbar**

Politischer Hintergrund

- Parlamentwahlen im Juli 2009
- Erste Krisenkennzeichen sind am Ende 2008 und Anfang 2009 offenbar : Minderung der Bauauftraege, Produktionsschrumpf, Arbeitsentlassungen, Wachstumsverlangsamung
- Keine Gegenkrisenmassnahmen von der vorherigen Regierung (3-partei Koalition) getroffen
- Die neue Regierung setzte vor sich **3 Ziele**:
 - dringend ein Krisenpaket vorzubereiten;
 - mittelfristig in die EURO-Zone einzutreten;
 - langfristig in 8-10 Jahren das durchschnittliche EU-Lohn- und Lebensniveau zu erreichen.

Was bedeutet die von der Regierung erlaeufterte “vernuenftige Fiskalpolitik”

- Erhaltung und Unterstuetzung des Waehrungsrats mit fixiertem Wechselkurs
- Stabile Banken und Regulierung durch nachhaltige Zinssatzsenkung
- Bilanzierter Staatshaushalts (Nulldefizit) – mehr Sicherheit fuer das Waehrungsrat und fuer den ERM II - Einzug
- Prioritaet bei den Einnahmen - die indirekten Steuern (Akzisen, MWSt)
- Ausgabenpolitik – Sicherung der Sozialleistungen, Einschraenkung der staatlichen Ausgaben, Lohn- und Gehaltseinfrieren
- Krisenpaket mit 76 Massnahmen (angenommen am 1. Oktober 2009 und befristet auf 27. April 2010)

Gewerkschaften haben gewarnt:

- Der Binnenmarkt und die Rolle des Konsums fuer den Krisenaustrag wird von der Regierung unterschuetzt
- Nulldefizit des Staatshaushalts waehrend der Krise ist voellig unnuetzlicher Luxus
- Einnahmenvolumen ist hochgerechnet – reduzierter Verbrauch fuehrt automatisch zu sinkenden Einnahmen aus Akzisen und MWSt
- Die finanziellen Kuerzungen bei den aktiven Arbeitsmarkt-Massnahmen'2010 koennen nicht voellig durch Finanzierung von EU-Programmen ersetzt werden
- Die Tiefe und die Dauer der Rezession ist falsch geschuetzt und wenn es sogar positive Merkmale im zweiten Halbjahr gaebe, eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt ist mit einem Verzug von 2 Jahren zu erwarten

Neuesten Entwicklungstendenzen - 1

- Sehr wenig von den 76 Massnahmen konnten realisiert werden und das Krisenpaket scheiterte
- Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit ueberschritt 10% und es werden neue Wellen bis zum Ende 2010 erwartet
- 2009 endete mit einem Haushaltsdefizit von 0,9% (nach letzter Korrektur lt. Eurostat-Methodik vielleicht ca. 3.7%)
- In dieser Situation verzichtete die Regierung auf eine baldige Kandidatur fuer den ERM II
- Neue Entwicklung erlitt die Handelsbilanz und die Leistungsbilanz, wo die Defizite reduziert wurden - infolge der Exporterhoehung und der Importsenkung
- Diese im Prinzip positive Tendenz brachte neue Probleme vor dem Fiskus, ggfs. bei den Einnahmen aus MWSt und Zoll.

Neuesten Entwicklungstendenzen - 2

- **Am Ende Februar 2010:**
 - ist das Fiskalreservekonto am kritischen Stand von 6.3 bln. BGN;
 - die Einnahmen aus direkten Steuern sind um 7.6% weniger als im Vorjahr;
 - die Einnahmen aus indirekten Steuern sind um 34.9% weniger als im Vorjahr;
 - die Ausgaben sind um 22.2% hoehere im Vergleich zum Vorjahr und die Erhoehung kommt vorwiegend von der Finanzierung der Kosten des Sozialversicherungssystems
 - Haushaltskassensaldo ist auf Minus (ueber 1,3 bln. BGN)
- **Tiefgreifende Rezession verlangte dringend ein neues "Sparpaket"** (vorbereitet mit Teilnahme der Sozialpartner)

Das am Anfang April vereinbarte Paket umfasst 59 Massnahmen in 7 Gruppen:

- Unterstuetzung des Fiskus
- Einschraenkung der oeffentlichen Ausgaben
- Wiederherstellung der Finanzdisziplin im Staat
- Sicherung von zusaetzlichen Finanzressourcen fuer die Privatwirtschaft
- Unterstuetzung der Einkommen der Privathaushalten
- Arbeitsmarkt
- Sozialversicherungssysteme

Unterstützung des Fiskus

- Privatisierung/Verkauf auf der Boerse von restlichen Minoritaeraktienanteile des Staates in attraktiven Gesellschaften
- Einfuehrung von 10% Steuer ueber Gewinne aus Lotto- und Glueckspielen
- Steigerung der Dividendenhoehe fuer den Staat aus staatlichen Handelsgesellschaften - von 50 auf 80%
- Zweifache Erhoehung der Steuer fuer:
 - Wohnungen mit Steuerwert ueber 300 Tsd. BGN;
 - Autos mit Versicherungswert ueber 70 Tsd. BGN.
- Dreifache Erhoehung der Steuer fuer persoenliche Jachten und Flugzeuge

Einschraenkung der oeffentlichen Ausgaben

- Schnellstmoeegliche Errichtung von “Elektronische Regierung” im vollen Umfang nach der Muster der *“E-Government”* in EU
- Noch im 2010 Gewaehrung von Konzessionen ueber Bodenschaetze und Strasseninfrastruktur
- Reduzierung der staatlichen Subsidien fuer die politischen Parteien um 15%.
- Reduzierung um 10% der Kosten fuer die vom Staatshaushalt finanzierten Taetigkeiten (Ministerien, Agenturen, Aemter) - Pufferplan

Wiederherstellung der Finanzdisziplin im Staat

- Auszahlung bis zum Ende Juni der vom Staat geschuldeten Summen an Privatfirmen fuer ausgefuehrte oeffentliche Auftraege
- Diese Firmen sind verpflichtet vorrangig die verzoegerten Lohn- und Gehaltsummen an Arbeitnehmern zu zahlen
- Verbesserung des Zahlungsverkehrs mit Empfaenger von Mitteln aus EU-Fonds, Erhoehung der Vorschusszahlungen bis 40%
- Errichtung von oeffentlichen Registern fuer die geschuldeten Mitteln bei oeffentlichen Auftraegen, MWSt- und Akzisenrueckzahlungen, EU-Projekten

Sicherung von zusaetzlichen Finanzressourcen fuer die Privatwirtschaft

- Kapitalaufstockung der *Bulgarischen Bank fuer Entwicklung* und Bereitstellung von mindestens 60% der aufgestockten Finanzressourcen den klein- und mittelstaendischen Unternehmen
- Aenderung und Novellierung des *Gesetzes fuer Foerderung der Investitionen*: Mindestschwellen fuer Investitionszertifikat A und B, fuer Gemeinden mit Arbeitslosigkeit ueber dem Landesdurchschnitt
- Erleichterung des Verfahrens fuer Visumerteilung an russischen und ukrainischen Buergern gemaess der liberalen europaeischen Praxis

Unterstützung der Einkommen der Privathaushalte

- Regelung der Mindestlohnbestimmung nach wirtschaftlichen und sozialen Kriterien (ab 1. Juli)
- Abschaffung der Obergrenze für Arbeitslosengeld und Einführung von 60%-Regelung (ab 1. Juli)
- Erweiterung des Umfangs der Arbeitnehmer mit Nahrungsgutschein (für jeden neuen Arbeitsplatz - Nahrungsgutschein gesichert)
- Garantiemechanismen für alle Summen der zusätzlich Versicherten in den Privatrentenfonds (Depositen in den Privatbanken)

Arbeitsmarkt - 1

- Einfuehrung des s.g. “Kaskadenschutz der Beschaeftigung” in den Betrieben mit Produktions- und Absatzschwierigkeiten:
 - flexible Arbeitszeit;
 - wirtschaftlich bedingter Urlaub;
 - Recht auf Arbeitslosengeld auf Basis der Einkommen vor der flexiblen Beschaeftigung.
- Errichtung (gemeinsam mit den Sozialpartnern) von Sektor- oder Territorialregistern (Depots) fuer die qualifizierten Arbeitslosen, die zeitweilig bei anderen Arbeitgebern eingestellt werden koennen
- Erhoehung des gesetzlichen Frists von 45 auf 90 Tage im Jahr bei der zeitweilig ausgefuehrte andere Arbeit im selben oder anderen Betrieb (in Gueltigkeit bis zum Ende 2011)

Arbeitsmarkt - 2

- Schaffung von Mechanismen fuer Erstbeschaefigung der Jugendlichen, die aus der Schule oder aus der Uni kommen
- Zusaetzliche Finanzierung zum Arbeitsministerium-Programm fuer subsidierte Beschaefigung (sekundaerer Arbeitsmarkt)
- Einschraenkungen fuer den Arbeitsmarktzugang von Arbeitnehmern aus Drittlaendern (ausschl. fuer hoch qualifizierte)
- Vorbereitung von dreimonatlichen Informationsberichten der *Nationalen Agentur fuer die Einnahmen* ueber die von den Firmen verzoegerten oder nicht ausgezahlten Loehne und Gehaelter
- Ausuebung der Rechte des Arbeitsministers auf Erklaerung von Branchentarifvertraegen als allgemein verbindlich

Sozialversicherungssysteme

- Verzicht (bis Ende 2011) auf weitere Reduzierung der Beitragssätze für Sozialversicherung
- Ausarbeitung einer gemeinsamen Konzeption für Reformierung und finanzielle Stabilisierung der Rentenversicherung
- Verschiebung der für 2010 geplanten Erhöhung der Zuschüsse zu den Renten der über 75-jährigen Rentenbezieher und zu den Witwenrenten
- Die Personen, die auf anderen Grund nicht krankenversichert sind, zahlen Krankenversicherungsbeiträge auf Einkommen aus Kapital und Eigentum
- Erhöhung der maximalen Monatssumme der garantierten Einnahmen der Arbeiter und der Angestellten bei Zahlungsunfähigkeitserklärung des Arbeitgebers – von 720 auf 1000 BGN (gültig nur für 2010)

Fazit

- Keine addequate Reaktion beider Regierungen in Krisenzeit – man rechnet mit der Regel “die Grossen werden die Kleinen nach oben ziehen”
- Zu viel gelobte makroökonomische und finanzielle Stabilität scheint illusorisch zu sein ohne die “eisernen Regeln” des Währungsrats
- Sparpaket ist ein Mix von 3-partit vorgeschlagenen und mit Konsens angenommenen Massnahmen, deren Ausführung von den “zusätzlichen Einnahmen” voellig abhaengig ist
- Wenn die neuen Einnahmenquellen nicht funktionieren, dann kommt die letzte Moeglichkeit, die schon der Premier ankuendigte – MWSt-Satzerhoehung von 20 auf 22 oder 24%
- Die Folgen dieser Herausforderung lassen sich nicht eindeutig voraussehen, eins ist aber klar - Gewerkschaften und Arbeitgeber sind dagegen